

**GOUVERNEMENTS DE COMMUNAUTE ET DE REGION  
GEMEENSCHAPS- EN GEWESTREGERINGEN  
GEMEINSCHAFTS- UND REGIONALREGIERUNGEN**

**DEUTSCHSPRACHIGE GEMEINSCHAFT  
COMMUNAUTE GERMANOPHONE — DUITSTALIGE GEMEENSCHAP**

**MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT**

[2022/207375]

**21. NOVEMBER 2022 — Dekret zur Schaffung eines Beirats für Menschen mit Beeinträchtigung**

Das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft hat das Folgende angenommen und wir, Regierung, sanktionieren es:

*KAPITEL 1 — Allgemeine Bestimmungen*

**Artikel 1 - Anwendungsbereich**

Vorliegendes Dekret findet Anwendung auf den Beirat für Menschen mit Beeinträchtigung.

**Art. 2 - Begriffsbestimmungen**

Für die Anwendung des vorliegenden Dekrets versteht man unter:

1. Beirat: den in Artikel 1 erwähnten Beirat für Menschen Beeinträchtigung;
2. Dienststelle: die Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben;
3. Kommunale Beiräte für Menschen mit Beeinträchtigung: die kommunalen Behindertenbeiräte;
4. Menschen mit Beeinträchtigung: gemäß Artikel 1 Absatz 2 der UN-Konvention alle Menschen, die langfristige körperliche, seelische, geistige oder Sinnesbeeinträchtigungen haben, welche sie in Wechselwirkung mit verschiedenen Barrieren an der vollen, wirksamen und gleichberechtigten Teilhabe an der Gesellschaft hindern können;
5. UN-Konvention: das Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen sowie dessen Fakultativprotokoll, geschlossen zu New York am 13. Dezember 2006.

**Art. 3 - Personenbezeichnungen**

Personenbezeichnungen im vorliegenden Dekret gelten für alle Geschlechter.

*KAPITEL 2 — SCHAFFUNG UND AUFGABEN DES BEIRATS für Menschen mit Beeinträchtigung*

**Art. 4 - Schaffung des Beirats für Menschen mit Beeinträchtigung**

Es wird ein Beirat für Menschen mit Beeinträchtigung geschaffen.

Der Beirat erhält die Rechtspersönlichkeit. Er hat seinen Sitz im deutschen Sprachgebiet.

**Art. 5 - Aufgaben des Beirats**

§ 1 - Die Aufgaben des Beirats umfassen:

1. die Abgabe von Gutachten und Stellungnahmen zur Lebenssituation von Menschen mit Beeinträchtigung in der Deutschsprachigen Gemeinschaft, entweder aus eigener Initiative oder auf Antrag des Parlaments, der Regierung, der Gemeinden des deutschen Sprachgebiets oder der Dienststelle;
2. die Abgabe von Gutachten zu jeder Abänderung des vorliegenden Dekrets, entweder aus eigener Initiative oder auf Antrag der Regierung;
3. die konstruktive Begleitung und Überwachung der Umsetzung und Einhaltung der UN-Konvention und die Ausarbeitung von Inklusionsansätzen;
4. den ständigen Austausch mit den Vereinigungen von oder für Menschen mit Beeinträchtigung in der Deutschsprachigen Gemeinschaft und die Gewährleistung einer engen Zusammenarbeit mit ihnen;
5. das Einreichen von Vorschlägen zur Bestellung eines Vertreters in Verwaltungsräte, Gremien und Kommissionen, in denen über Entscheidungen in den Zuständigkeitsbereichen der Deutschsprachigen Gemeinschaft befunden wird.

Die in Absatz 1 Nummern 1 und 2 erwähnten Gutachten werden innerhalb einer Frist von 60 Kalendertagen nach Erhalt des Antrags unterbreitet. Diese Frist wird von Rechts wegen um 15 Kalendertage verlängert, wenn sie zwischen dem 1. Juli und dem 31. August einsetzt oder abläuft.

Insofern es dem Beirat nicht möglich ist, die in Absatz 1 Nummern 1 und 2 erwähnten Gutachten innerhalb der in Absatz 2 erwähnten Frist abzugeben, kann die Abgabe der Gutachten in Einverständnis mit dem Antragsteller durch einen protokollierten Dialog

zwischen dem Antragsteller und dem Beirat ersetzt werden.

Zu diesem Zweck schlägt der Beirat dem Antragsteller spätestens 30 Kalendertage vor Ablauf der in Absatz 2 erwähnten Frist vor, einen protokollierten Dialog zu führen. Stimmt der Antragsteller dem Vorschlag zu, findet der protokollierte Dialog auf Einladung des Beirats vor Ablauf der in Absatz 2 erwähnten Frist statt. Das Ergebnis des Dialogs wird in einem Protokoll festgehalten, das der Antragsteller und der Beirat vor Ablauf dieser Frist unterschreiben.

§ 2 - Darüber hinaus kann der Beirat:

1. Aktivitäten und Projekte zur Inklusion von Menschen mit Beeinträchtigung sowie zur Information und Sensibilisierung der Gesellschaft durchführen;
2. Alternativberichte zur Umsetzung der UN-Konvention verfassen;
3. gemäß den Modalitäten des Dekrets vom 19. März 2012 zur Bekämpfung bestimmter Formen von Diskriminierung als Kläger vor Gericht auftreten im Falle von Diskriminierungen von Menschen mit Beeinträchtigung.

§ 3 - Zur Erfüllung seiner Aufgaben kann der Beirat mit anderen Organisationen, Einrichtungen und Dienstleistern zusammenarbeiten, die im Sinne der Aufgabenstellung des Beirats einen Beitrag leisten.

### KAPITEL 3 — ZUSAMMENSETZUNG UND FUNKTIONSWEISE DES BEIRATS

**Art. 6 - Zusammensetzung des Beirats**

§ 1 - Dem Beirat gehören folgende stimmberechtigte Mitglieder an:

1. ein Vertreter pro Vereinigung von oder für Menschen mit Beeinträchtigung, die als Vereinigung ohne Gewinnerzielungsabsicht organisiert ist und ihren Sitz im deutschen Sprachgebiet hat;
2. mindestens drei volljährige Menschen mit Beeinträchtigung oder Erziehungsberechtigte von minderjährigen Menschen mit Beeinträchtigung;
3. vier Vertreter der kommunalen Beiräte für Menschen mit Beeinträchtigung, von denen zwei aus dem Norden und zwei aus dem Süden des deutschen Sprachgebiets entsandt werden.

Mindestens die Hälfte der stimmberechtigten Mitglieder sind Menschen mit Beeinträchtigung oder Erziehungsberechtigte von minderjährigen Menschen mit Beeinträchtigung.

Dem Beirat gehören folgende Mitglieder mit beratender Stimme an:

1. ein Vertreter der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft;
2. ein Vertreter des zuständigen Fachbereichs des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft;
3. ein Vertreter der Dienststelle.

§ 2 - Der Beirat wählt unter seinen stimmberechtigten Mitgliedern für die Dauer des Mandats ein Präsidium bestehend aus einem Präsidenten und zwei Vizepräsidenten. Insofern entsprechende Kandidaturen vorliegen, wird mindestens eines der Ämter durch eine gemäß § 1 Absatz 1 Nummer 2 bestellte Person wahrgenommen.

§ 3 - Die Regierung bestellt die Mitglieder des Beirats und ein Ersatzmitglied für jedes Mitglied.

Die in § 1 Absatz 1 Nummer 1 erwähnten Mitglieder werden auf Vorschlag der jeweiligen im Beirat vertretenen Vereinigungen bestellt. Die in § 1 Absatz 1 Nummer 2 erwähnten Mitglieder werden mittels eines öffentlichen Aufrufs in der lokalen Presse bestellt. Die in § 1 Absatz 1 Nummer 3 erwähnten Mitglieder werden auf Vorschlag der jeweiligen kommunalen Beiräte für Menschen mit Beeinträchtigung bestellt. Das in § 1 Absatz 3 Nummer 3 erwähnte Mitglied wird auf Vorschlag der Dienststelle bestellt.

Schlägt einer der Vorschlagsberechtigten keinen Kandidaten vor, sodass die Einsetzung des Beirats nicht gemäß § 1 durchgeführt werden kann, ist die Bestellung der übrigen

Mitglieder und Ersatzmitglieder des Beirats und dessen Zusammensetzung dennoch als ordnungsgemäß zu betrachten.

Vakant gebliebene Mandate können auch nach Einsetzung des Beirats entsprechend dem in den §§ 1 und 3 Absätze 1 bis 3 festgelegten Verfahren besetzt werden.

§ 4 - Die Mandatszeit der Mitglieder beträgt fünf Jahre und ist erneuerbar.

Ungeachtet eines freiwilligen Rücktritts endet das Mandat der Mitglieder des Beirats mit dem Entzug des Mandats durch die betreffende vorschlagsberechtigte Vereinigung.

Bei Ausscheiden eines Mitglieds beendet das Ersatzmitglied das Mandat des ausscheidenden Mitglieds.

Wird ein Mandat im Beirat vakant, bestellt die Regierung ein neues Mitglied entsprechend dem in den §§ 1 und 3 festgelegten Verfahren.

§ 5 - Der Beirat kann Vertreter von nicht im Beirat vertretenen Vereinigungen und Organisationen anhören sowie Fachleute mit beratender Stimme zu einzelnen Sitzungen einladen.

**Art. 7 - Funktionsweise des Beirats**

§ 1 - Der Beirat gibt sich innerhalb der ersten drei Monate nach der Einsetzung eine von der Regierung zu genehmigende Geschäftsordnung. Die Geschäftsordnung regelt die Einzelheiten der Arbeitsweise des Beirats und insbesondere nachfolgende Aspekte:

1. die Regeln bezüglich der Einberufung des Beirats und der Eintragung der Punkte in die Tagesordnung;

2. die Regeln bezüglich der Wahl des Präsidenten, der Vizepräsidenten und des Vorsitizes der Sitzungen;

3. die Regeln bezüglich der Organisation des Beirats, der Arbeitsaufteilung sowie der Rechte und Pflichten des Präsidiums und der Mitglieder.

§ 2 - Der Beirat versammelt sich mindestens vier Mal jährlich.

§ 3 - Die Entscheidungen des Beirats werden mit der Stimmenmehrheit der anwesenden Mitglieder gefasst. Er ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte seiner Mitglieder anwesend ist. Bei Stimmengleichheit ist die Stimme des Präsidenten ausschlaggebend.

Ist der Beirat nicht beschlussfähig, lädt der Präsident zu einer zweiten Sitzung ein, bei der der Beirat ungeachtet der in Absatz 1 erwähnten Bedingungen beschlussfähig ist.

§ 4 - Für die Durchführung der Sitzungen des Beirats sowie bei allen Veranstaltungen und Projekten, die der Beirat durchführt, werden Rahmenbedingungen geschaffen und angemessene Vorkehrungen getroffen, die Menschen mit Beeinträchtigung die Beteiligung ermöglichen.

#### **Art. 8 - Berichterstattung**

Im Laufe des ersten Quartals eines jeden Jahres verfasst der Beirat einen Bericht über seine Tätigkeiten im abgelaufenen Jahr sowie ein Arbeitsprogramm des laufenden Jahres, die er zeitgleich der Regierung und dem Parlament übermittelt.

Die Regierung übermittelt dem Parlament alle drei Jahre einen Bericht über die Anwendung und Wirksamkeit des vorliegenden Dekrets. Dies erfolgt spätestens am 31. März des darauffolgenden Jahres.

### KAPITEL 4 — FINANZEN, HAUSHALT UND PERSONAL

#### **Art. 9 - Finanzmittel**

Zur Wahrnehmung seiner Aufgaben verfügt der Beirat über eine zu diesem Zweck im Haushalt der Deutschsprachigen Gemeinschaft vorgesehene Dotation in Höhe von mindestens 70.000 Euro.

Die finanziellen Mittel sind zweckgebunden. Sie können für Personal-, Funktions- und Infrastrukturkosten verwendet werden.

Der Beirat darf eigene Mittel generieren sowie Schenkungen und Legate erhalten.

#### **Art. 10 - Haushaltsplan**

Der Beirat stellt jährlich einen Haushaltsplan für das Folgejahr auf, der der Regierung zur Genehmigung vorgelegt wird.

Der Haushaltsplan eines Jahres wird vor Ablauf des dritten Trimesters des vorhergehenden Jahres bei der Regierung eingereicht, die binnen 30 Tagen Stellung bezieht. Erfolgt keine Stellungnahme der Regierung in dieser Frist, gilt der Haushaltsplan als genehmigt.

Nach der Genehmigung übermittelt die Regierung den Haushaltsplan innerhalb eines Monats zur Kenntnisnahme an das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

Der Beirat reicht bis spätestens zum 30. April eines jeden Jahres die Bilanz- und Ergebnisrechnung des Vorjahres bei der Regierung ein.

#### **Art. 11 - Personal**

Der Beirat kann eigenes Personal einstellen.

Der Beirat beschäftigt Personal im Umfang von mindestens einer halben Vollzeitäquivalentstelle. Die Funktion kann von einer oder mehreren Personen wahrgenommen werden. Diese verfügen mindestens über das Abschlusszeugnis der Oberstufe des Sekundarunterrichts oder einen gleichgestellten Studiennachweis sowie eine Berufserfahrung von mindestens drei Jahren oder über das Diplom eines Bachelors oder einen gleichgestellten Studiennachweis.

Die Besoldungsbestimmungen, die für die Bediensteten des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft gelten, sind auf das Personal des Beirats anwendbar.

#### **Art. 12 - Entschädigungen**

Die stimmberechtigten Mitglieder des Beirats und die Fachleute, die in Anwendung von Artikel 6 § 5 an den Sitzungen teilnehmen, haben Anrecht auf eine Aufenthalts- und

Fahrtenschädigung gemäß den durch die Regierung festgelegten Bestimmungen.

### KAPITEL 5 — SCHLUSSBESTIMMUNGEN

#### **Art. 13 - Abänderungsbestimmung**

Artikel 21 § 1 Absatz 1 Nummer 7 des Dekrets vom 13. Dezember 2016 zur Schaffung einer Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben wird wie folgt ersetzt:

"7. die in Artikel 20 Absatz 2 Nummer 4 erwähnten Mitglieder, jeweils auf Vorschlag des Beirats für Menschen mit Beeinträchtigung sowie der kommunalen Beiräte für Senioreninteressen."

#### **Art. 14 - Abänderungsbestimmung**

Artikel 35 desselben Dekrets wird wie folgt ersetzt:

"Art. 35 - Strukturelle Beteiligung

Die strukturelle Beteiligung der Zivilgesellschaft am nicht personenbezogenen Entscheidungsprozess wird durch die Schaffung eines Beirats für Menschen mit Beeinträchtigung gewährleistet."

**Art. 15 - Inkrafttreten**

Vorliegendes Dekret tritt am 3. Dezember 2022 in Kraft.

Wir fertigen das vorliegende Dekret aus und ordnen an, dass es durch das *Belgische Staatsblatt* veröffentlicht wird.  
Eupen, den 21. November 2022

O. PAASCH

Der Ministerpräsident,  
Minister für lokale Behörden und Finanzen

A. ANTONIADIS

Der Vize-Ministerpräsident,  
Minister für Gesundheit und Soziales,  
Raumordnung und Wohnungswesen

I. WEYKMANS

Die Ministerin für Kultur und Sport,  
Beschäftigung und Medien

L. KLINKENBERG

Die Ministerin für Bildung,  
Forschung und Erziehung

—————  
Fußnote

Sitzungsperiode 2022-2023

Nummerierte Dokumente:

225 (2021-2022) Nr. 1 Dekretentwurf

225 (2022-2023) Nr. 2 Abänderungsvorschläge

225 (2022-2023) Nr. 3 Abänderungsvorschläge

225 (2022-2023) Nr. 4 Bericht

225 (2022-2023) Nr. 5 Abänderungsvorschläge zu dem vom Ausschuss angenommenen Text

225 (2022-2023) Nr. 6 Vom Plenum des Parlaments verabschiedeter Text

Ausführlicher Bericht: 21. November 2022 - Nr. 49 Diskussion und Abstimmung

—————  
TRADUCTION

**MINISTERE DE LA COMMUNAUTE GERMANOPHONE**

[2022/207375]

**21 NOVEMBRE 2022. — Décret portant création d'un Conseil consultatif pour les personnes handicapées**

Le Parlement de la Communauté germanophone a adopté et Nous, Gouvernement, sanctionnons ce qui suit :

CHAPITRE 1<sup>er</sup>. — *Dispositions générales*

**Article 1<sup>er</sup>.** - Champ d'application

Le présent décret s'applique au Conseil consultatif pour les personnes handicapées.

**Art. 2.** - Définitions

Pour l'application du présent décret, il faut entendre par :

1° Conseil consultatif : le Conseil consultatif pour les personnes handicapées mentionné à l'article 1<sup>er</sup>;

2° Office : l'Office de la Communauté germanophone pour une vie autodéterminée;

3° conseils consultatifs communaux pour les personnes handicapées : les conseils consultatifs communaux de la personne en situation de handicap;

4° personnes handicapées : au sens de l'article 1<sup>er</sup>, alinéa 2, de la Convention de l'ONU, toutes les personnes qui présentent des incapacités physiques, mentales, intellectuelles ou sensorielles durables dont l'interaction avec diverses barrières peut faire obstacle à leur pleine et effective participation à la société sur la base de l'égalité avec les autres;

5° Convention de l'ONU : la Convention des Nations Unies relative aux droits des personnes handicapées et son protocole facultatif, faits à New-York le 13 décembre 2006.

**Art. 3.** - Qualifications

Dans le présent décret, les qualifications s'appliquent à tous les sexes.

CHAPITRE 2. — *Création et missions du Conseil consultatif pour les personnes handicapées*

**Art. 4.** - Création du Conseil consultatif pour les personnes handicapées

Un Conseil consultatif pour les personnes handicapées est créé.

Le Conseil consultatif est doté de la personnalité juridique. Son siège est situé en région de langue allemande.

**Art. 5.** - Missions du Conseil consultatif

§ 1<sup>er</sup> - Les missions du Conseil consultatif sont les suivantes :

1° l'émission d'avis et de prises de position concernant la situation des personnes handicapées en Communauté germanophone, de sa propre initiative ou à la demande du Parlement, du Gouvernement, des communes de la région de langue allemande ou de l'Office;

2° l'émission d'avis concernant toute modification du présent décret, de sa propre initiative ou à la demande du Gouvernement;

3° l'accompagnement et le suivi constructifs de la mise en œuvre et du respect de la Convention de l'ONU ainsi que l'élaboration d'approches en matière d'inclusion;

4° l'échange continu avec les associations de personnes handicapées ou de soutien à celles-ci en Communauté germanophone et la garantie d'une étroite collaboration avec elles;

5° la présentation de propositions concernant la désignation d'un représentant au sein des conseils d'administration, organismes et commissions où sont prises des décisions dans les domaines de compétence de la Communauté germanophone.

Les avis mentionnés à l'alinéa 1<sup>er</sup>, 1° et 2°, sont soumis dans un délai de soixante jours calendrier suivant la réception de la demande. S'il prend cours ou expire entre le 1<sup>er</sup> juillet et le 31 août, ledit délai est prolongé de plein droit de quinze jours calendrier.

Dans la mesure où il n'est pas possible pour le Conseil consultatif de rendre les avis mentionnés à l'article 1<sup>er</sup>, 1° et 2°, dans le délai mentionné à l'alinéa 2, l'émission d'avis peut être remplacée, en accord avec le demandeur, par un dialogue entre le demandeur et le Conseil consultatif faisant l'objet d'un procès-verbal.

À cette fin, le Conseil consultatif propose au demandeur, au plus tard trente jours calendrier avant l'expiration du délai mentionné à l'alinéa 2, de prendre part à un dialogue faisant l'objet d'un procès-verbal. Si le demandeur accepte la proposition, ledit dialogue a lieu sur invitation du Conseil consultatif avant l'expiration du délai mentionné à l'alinéa 2. Le résultat du dialogue est consigné dans un procès-verbal que le demandeur et le Conseil consultatif signent avant l'expiration du délai précité.

§ 2 - Le Conseil consultatif peut en outre :

1° mener des activités et des projets en lien avec l'inclusion des personnes handicapées et également destinés à informer et à sensibiliser la société;

2° rédiger des rapports alternatifs concernant la mise en œuvre de la Convention de l'ONU;

3° ester en justice en tant que plaignant en cas de discrimination à l'égard de personnes handicapées, conformément aux modalités prévues dans le décret du 19 mars 2012 visant à lutter contre certaines formes de discrimination.

§ 3 - Afin d'exercer ses missions, le Conseil consultatif peut collaborer avec d'autres organisations, institutions et prestataires qui apportent une contribution dans le cadre des missions du Conseil consultatif.

### CHAPITRE 3. — *Composition et fonctionnement du Conseil consultatif*

**Art. 6.** - Composition du Conseil consultatif

§ 1<sup>er</sup> - Sont membres du Conseil consultatif avec voix délibérative :

1° un représentant par association de personnes handicapées ou de soutien à celles-ci, organisée en tant qu'association sans but lucratif et ayant son siège en région de langue allemande;

2° au moins trois personnes handicapées majeures ou personnes chargées de l'éducation de personnes handicapées mineures;

3° quatre représentants des conseils consultatifs communaux pour les personnes handicapées, dont deux détachés du nord de la région de langue allemande et deux du sud.

Au moins la moitié des membres ayant voix délibérative sont des personnes handicapées ou des personnes chargées de l'éducation de personnes handicapées mineures.

Font également partie du Conseil consultatif, avec voix consultative :

1° un représentant du Gouvernement de la Communauté germanophone;

2° un représentant du département compétent en la matière du Ministère de la Communauté germanophone;

3° un représentant de l'Office.

§ 2 - Parmi ses membres ayant voix délibérative, le Conseil consultatif élit un bureau composé d'un président et de deux vice-présidents pour la durée du mandat. Pour autant que des candidatures ad hoc soient présentées, au moins l'une des fonctions est exercée par une personne désignée conformément au § 1<sup>er</sup>, alinéa 1<sup>er</sup>, 2°.

§ 3 - Le Gouvernement désigne les membres effectifs du Conseil consultatif et un suppléant pour chacun d'eux.

Les membres mentionnés au § 1<sup>er</sup>, alinéa 1<sup>er</sup>, 1°, sont désignés sur la proposition des associations respectives représentées au sein du Conseil consultatif. Les membres mentionnés au § 1<sup>er</sup>, alinéa 1<sup>er</sup>, 2°, sont désignés au moyen d'un appel public dans la presse locale. Les membres mentionnés au § 1<sup>er</sup>, alinéa 1<sup>er</sup>, 3°, sont désignés sur la proposition des conseils consultatifs communaux respectifs pour les personnes handicapées. Le membre mentionné au § 1<sup>er</sup>, alinéa 3, 3°, est désigné sur la proposition de l'Office.

Si l'une des entités habilitées à présenter des candidats n'en propose aucun, de sorte que la mise en place du Conseil consultatif ne peut se faire conformément au § 1<sup>er</sup>, la désignation des autres membres et membres suppléants du Conseil consultatif et sa composition doivent néanmoins être considérées comme régulières.

Les mandats restés vacants peuvent aussi être pourvus après la mise en place du Conseil consultatif conformément à la procédure établie aux §§ 1<sup>er</sup> et 3, alinéas 1<sup>er</sup> à 3.

§ 4 - Le mandat des membres dure cinq ans et est renouvelable.

Nonobstant une démission volontaire, le mandat des membres du Conseil consultatif prend fin avec le retrait du mandat par l'association habilitée à présenter des candidats concernée.

Lors de la démission d'un membre effectif, son mandat est achevé par le membre suppléant.

Si un mandat du Conseil consultatif devient vacant, le Gouvernement désigne un nouveau membre conformément à la procédure établie aux §§ 1<sup>er</sup> et 3.

§ 5 - Le Conseil consultatif peut entendre des représentants d'associations et organisations non représentées en son sein et inviter des experts à participer, avec voix consultative, à certaines de ses réunions.

**Art. 7.** - Fonctionnement du Conseil consultatif

§ 1<sup>er</sup> - Dans les trois premiers mois suivant sa mise en place, le Conseil consultatif se dote d'un règlement d'ordre intérieur qui doit être approuvé par le Gouvernement. Ledit règlement règle les détails du fonctionnement du Conseil consultatif et notamment les aspects suivants :

- 1° les règles concernant la convocation du Conseil consultatif et l'inscription des points à l'ordre du jour;
- 2° les règles concernant l'élection du président, des vice-présidents et de la présidence des réunions;
- 3° les règles concernant l'organisation du Conseil consultatif, la répartition du travail ainsi que les droits et devoirs du bureau et des membres.

§ 2 - Le Conseil consultatif se réunit au moins quatre fois par an.

§ 3 - Les décisions du Conseil consultatif sont prises à la majorité des voix émises par les membres présents. Le Conseil consultatif ne délibère valablement que si la moitié des membres au moins est présente. En cas de parité des voix, celle du président est prépondérante.

Si le Conseil consultatif ne peut délibérer valablement, le président convoque une seconde réunion au cours de laquelle le Conseil consultatif pourra délibérer valablement nonobstant les conditions mentionnées à l'alinéa 1<sup>er</sup>.

§ 4 - Pour la tenue des réunions du Conseil consultatif ainsi que pour tous les événements et projets que celui-ci réalise, des conditions-cadres sont établies ainsi que des aménagements raisonnables mis en place afin de permettre la participation des personnes handicapées.

**Art. 8.** - Rapport

Au cours du premier trimestre de chaque année, le Conseil consultatif rédige un rapport concernant ses activités de l'année écoulée ainsi qu'un programme de travail pour l'année en cours, qu'il transmet simultanément au Gouvernement et au Parlement.

Tous les trois ans, le Gouvernement transmet au Parlement un rapport portant sur l'application et l'efficacité du présent décret, et ce, au plus tard pour le 31 mars de l'année suivante.

CHAPITRE 4. — *Finances, budget et personnel***Art. 9.** - Ressources financières

Pour mener à bien ses missions, le Conseil consultatif dispose d'une dotation d'au moins 70 000 euros inscrite à cette fin au budget de la Communauté germanophone.

Les ressources financières sont affectées à des fins précises. Elles peuvent être utilisées pour les frais de personnel, de fonctionnement et d'infrastructure.

Le Conseil consultatif peut générer des fonds propres et recevoir des dons et legs.

**Art. 10.** - Budget

Le Conseil consultatif établit chaque année un budget pour l'année suivante, qu'il présente au Gouvernement pour approbation.

Le budget d'une année donnée est transmis avant la fin du troisième trimestre de l'année précédente au Gouvernement, lequel rend son avis dans un délai de trente jours. En l'absence d'avis du Gouvernement dans ce délai, le budget est réputé approuvé.

Dans un délai d'un mois suivant l'approbation, le Gouvernement transmet le budget au Parlement de la Communauté germanophone pour information.

Au plus tard le 30 avril de chaque année, le Conseil consultatif introduit auprès du Gouvernement le bilan et le compte de résultats de l'année précédente.

**Art. 11.** - Personnel

Le Conseil consultatif peut engager son propre personnel.

Le Conseil consultatif occupe du personnel à raison d'au moins un demi-équivalent temps plein. La fonction peut être exercée par une ou plusieurs personnes. Celles-ci sont au moins porteuses d'un certificat d'enseignement secondaire supérieur ou d'un titre y assimilé et justifient d'une expérience professionnelle d'au moins trois ans ou bien disposent au moins d'un diplôme de bachelor ou d'un diplôme y assimilé.

Les conditions de rémunération qui s'appliquent aux agents du Ministère de la Communauté germanophone sont applicables au personnel du Conseil consultatif.

**Art. 12.** - Indemnités

Les membres du Conseil consultatif ayant voix délibérative ainsi que les experts qui, en application de l'article 6, § 5, assistent aux réunions, ont droit à des indemnités de séjour et de déplacement conformément aux dispositions fixées par le Gouvernement.

CHAPITRE 5. — *Dispositions finales***Art. 13.** - Disposition modificative

Dans l'article 21, § 1<sup>er</sup>, alinéa 1<sup>er</sup>, du décret du 13 décembre 2016 portant création d'un Office de la Communauté germanophone pour une vie autodéterminée, le 7° est remplacé par ce qui suit :

« 7° les membres mentionnés à l'article 20, alinéa 2, 4°, respectivement sur la proposition du Conseil consultatif pour les personnes handicapées et des conseils consultatifs communaux pour les intérêts des personnes âgées. »

**Art. 14.** - Disposition modificative

L'article 35 du même décret est remplacé par ce qui suit :

« Art. 35 - Participation structurelle

La participation structurelle de la société civile au processus décisionnel ne se rapportant pas à des personnes est garantie par la création d'un Conseil consultatif pour les personnes handicapées. »

**Art. 15.** - Entrée en vigueur

Le présent décret entre en vigueur le 3 décembre 2022.

Promulguons le présent décret et ordonnons qu'il soit publié au *Moniteur belge*.

Eupen, le 21 novembre 2022.

O. PAASCH,  
Le Ministre-Président,  
Ministre des Pouvoirs locaux et des Finances  
A. ANTONIADIS,  
Le Vice-Ministre-Président,  
Ministre de la Santé et des Affaires sociales,  
de l'Aménagement du territoire et du Logement  
I. WEYKMANS,  
La Ministre de la Culture et des Sports,  
de l'Emploi et des Médias  
L. KLINKENBERG,  
La Ministre de l'Éducation et  
et de la Recherche scientifique

---

Note

Session 2022-2023

Documents parlementaires : 225 (2021-2022) n° 1 Projet de décret

225 (2022-2023) n° 2 Propositions d'amendement

225 (2022-2023) n° 3 Propositions d'amendement

225 (2022-2023) n° 4 Rapport

225 (2022-2023) n° 5 Propositions d'amendement au texte adopté par la commission

225 (2022-2023) n° 6 Texte adopté en séance plénière

Compte rendu intégral : 21 novembre 2022 - n° 49 Discussion et vote

---

VERTALING

**MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP**

[2022/207375]

**21 NOVEMBER 2022. — Decreet tot oprichting van een adviescommissie voor mensen met een beperking**

Het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap heeft aangenomen en Wij, Regering, bekrachtigen hetgeen volgt :

HOOFDSTUK 1. — *Algemene bepalingen*

**Artikel 1.** - Toepassingsgebied

Dit decreet is van toepassing op de adviescommissie voor mensen met een beperking.

**Art. 2.** - Definities

Voor de toepassing van dit decreet wordt verstaan onder :

1° adviescommissie : de adviescommissie voor mensen met een beperking vermeld in artikel 1;

2° Dienst voor zelfbeschikkend leven : de Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven;

3° gemeentelijke adviescommissies voor mensen met een beperking : de gemeentelijke adviesraden voor personen met een handicap;

4° mensen met een beperking : overeenkomstig artikel 1, tweede lid, van het VN-Verdrag alle personen met langdurige fysieke, mentale, intellectuele of zintuiglijke beperkingen die hen in wisselwerking met diverse drempels kunnen beletten volledig, effectief en op voet van gelijkheid met anderen te participeren in de samenleving;

5° VN-Verdrag : het Verdrag inzake de rechten van personen met een handicap en het Facultatief Protocol, gedaan te New York op 13 december 2006.

**Art. 3.** - Verwijzingen naar personen

De verwijzingen naar personen in dit decreet gelden voor alle geslachten.

HOOFDSTUK 2. — *Oprichting en taken van de adviescommissie voor mensen met een beperking*

**Art. 4.** - Oprichting van de adviescommissie voor mensen met een beperking

Er wordt een adviescommissie voor mensen met een beperking opgericht.

De adviescommissie krijgt rechtspersoonlijkheid. Ze heeft haar zetel in het Duitse taalgebied.

**Art. 5.** - Taken van de adviescommissie

§ 1 - De taken van de adviescommissie omvatten :

1° het uitbrengen van adviezen en standpunten over de leefsituatie van mensen met een beperking in de Duitstalige Gemeenschap, hetzij op eigen initiatief, hetzij op verzoek van het Parlement, de Regering, de gemeenten van het Duitse taalgebied of de Dienst voor zelfbeschikkend leven;

2° het uitbrengen van adviezen over elke wijziging van dit decreet, hetzij op eigen initiatief, hetzij op verzoek van de Regering;

3° de constructieve begeleiding van en het toezicht op de uitvoering en de naleving van het VN-Verdrag en de uitwerking van inclusieve benaderingen;

4° de voortdurende uitwisseling van gedachten met de verenigingen van of voor mensen met een beperking in de Duitstalige Gemeenschap en het zorgen voor een nauwe samenwerking met hen;

5° het voordragen van vertegenwoordigers in raden van bestuur, organen en commissies die beslissingen beoordelen die binnen de bevoegdheid van de Duitstalige Gemeenschap vallen.

De adviezen vermeld in het eerste lid, 1° en 2°, worden ingediend binnen een termijn van zestig kalenderdagen na ontvangst van de aanvraag. Die termijn wordt van rechtswege verlengd met vijftien kalenderdagen, indien hij tussen 1 juli en 31 augustus begint te lopen of verstrijkt.

Indien de adviescommissie de adviezen bedoeld in het eerste lid, 1° en 2°, niet kan uitbrengen binnen de termijn vermeld in het tweede lid, kan het uitbrengen van de adviezen, met instemming van de aanvrager, vervangen worden door een geprotocolleerde dialoog tussen de aanvrager en de adviescommissie.

Daartoe stelt de adviescommissie, uiterlijk dertig kalenderdagen voordat de termijn vermeld in het tweede lid verstrijkt, aan de aanvrager voor om een geprotocolleerde dialoog te voeren. Als de aanvrager met het voorstel instemt, vindt de geprotocolleerde dialoog op uitnodiging van de adviescommissie plaats voordat de termijn vermeld in het tweede lid verstrijkt. Het resultaat van de dialoog wordt vastgelegd in een protocol, dat de aanvrager en de adviescommissie voor het verstrijken van die termijn ondertekenen.

§ 2 - Bovendien kan de adviescommissie:

1° activiteiten en projecten uitvoeren met het oog op de inclusie van mensen met een beperking en met het oog op voorlichting en bewustmaking van de samenleving;

2° alternatieve verslagen schrijven over de uitvoering van het VN-Verdrag;

3° optreden als eiser in rechtszaken in geval van discriminatie van mensen met een beperking, overeenkomstig de nadere regels van het decreet van 19 maart 2012 betreffende de bestrijding van bepaalde vormen van discriminatie.

§ 3 - Voor de uitvoering van haar taken kan de adviescommissie samenwerken met andere organisaties, instellingen en dienstverrichters die een bijdrage leveren in de zin van het takenpakket van de adviescommissie.

### HOOFDSTUK 3. — SAMENSTELLING EN WERKWIJZE VAN DE ADVIESCOMMISSIE

**Art. 6.** - Samenstelling van de adviescommissie

§ 1 - De volgende leden van de adviescommissie zijn stemgerechtigd:

1° één vertegenwoordiger per vereniging van of voor mensen met een beperking die als vereniging zonder winstoogmerk is georganiseerd en haar zetel in het Duitse taalgebied heeft;

2° ten minste drie meerderjarige mensen met een beperking of personen belast met de opvoeding van minderjarige mensen met een beperking;

3° vier vertegenwoordigers van de gemeentelijke adviescommissies voor mensen met een beperking, van wie twee uit het noorden en twee uit het zuiden van het Duitse taalgebied.

Ten minste de helft van de stemgerechtigde leden bestaat uit mensen met een beperking of personen belast met de opvoeding van minderjarige mensen met een beperking.

De volgende leden van de adviescommissie hebben een raadgevende stem :

1° een vertegenwoordiger van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap;

2° een vertegenwoordiger van het bevoegde departement van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap;

3° een vertegenwoordiger van de Dienst voor zelfbeschikkend leven.

§ 2 - De adviescommissie kiest uit haar stemgerechtigde leden, voor de duur van het mandaat, een presidium dat bestaat uit een voorzitter en twee ondervoorzitters. Voor zover er overeenkomstige kandidaturen zijn, wordt ten minste een van de functies bekleed door een persoon die overeenkomstig § 1, eerste lid, 2°, is aangewezen.

§ 3 - De Regering wijst de leden van de adviescommissie aan en wijst voor elk lid een plaatsvervangend lid aan.

De leden vermeld in § 1, eerste lid, 1°, worden aangewezen op de voordracht van hun vereniging die in de adviescommissie vertegenwoordigd is. De leden vermeld in § 1, eerste lid, 2°, worden aangewezen via een openbare oproep in de plaatselijke pers. De leden vermeld in § 1, eerste lid, 3°, worden aangewezen op de voordracht van hun gemeentelijke adviescommissies voor mensen met een beperking. Het lid vermeld in § 1, derde lid, 3°, wordt aangewezen op de voordracht van de Dienst voor zelfbeschikkend leven.

Indien een van de voordrachtgerechtigden geen kandidaat voordraagt en de installatie van de adviescommissie dus niet overeenkomstig § 1 kan plaatsvinden, wordt er toch van uitgegaan dat de overige leden en plaatsvervangende leden van de adviescommissie correct zijn aangewezen en dat de adviescommissie correct is samengesteld.

Vacante mandaten kunnen ook na de installatie van de adviescommissie worden opgevuld overeenkomstig de procedure bepaald in de §§ 1 en 3, eerste tot derde lid.

§ 4 - Het mandaat van de leden duurt vijf jaar en kan worden verlengd.

Ongeacht een vrijwillig ontslag eindigt het mandaat van de leden van de adviescommissie door de intrekking van het mandaat door de desbetreffende voordrachtgerechtigde vereniging.

Bij ontslag van een lid doet het plaatsvervangende lid het mandaat van het vertrekkende lid uit.

Als een mandaat in de adviescommissie vacant wordt, wijst de Regering een nieuw lid aan overeenkomstig de procedure bepaald in de §§ 1 en 3.

§ 5 - De adviescommissie kan vertegenwoordigers horen van verenigingen en organisaties die niet in de adviescommissie vertegenwoordigd zijn en ze kan deskundigen uitnodigen om met raadgevende stem aan bepaalde vergaderingen deel te nemen.

**Art. 7.** - Werkwijze van de adviescommissie

§ 1 - De adviescommissie neemt, binnen de eerste drie maanden nadat ze geïnstalleerd werd, een huishoudelijk reglement aan dat door de Regering moet worden goedgekeurd. Het huishoudelijk reglement regelt de details van de werkwijze van de adviescommissie en in het bijzonder de volgende aspecten :

1° de regels voor het bijeenroepen van de adviescommissie en het plaatsen van punten op de agenda;



2° de regels voor het kiezen van de voorzitter, het kiezen van de ondervoorzitters en het voorzitterschap van de vergaderingen;

3° de regels voor de organisatie van de adviescommissie, de taakverdeling en de rechten en plichten van het presidium en van de leden.

§ 2 - De adviescommissie komt ten minste viermaal per jaar bijeen.

§ 3 - De beslissingen van de adviescommissie worden genomen bij meerderheid van de stemmen van de aanwezige leden. De adviescommissie kan rechtsgeldig beraadslagen en besluiten, indien ten minste de helft van haar leden aanwezig is. Bij staking van stemmen is de stem van de voorzitter doorslaggevend.

Indien de adviescommissie niet rechtsgeldig kan beraadslagen en besluiten, roept de voorzitter een tweede vergadering bijeen, waarop de adviescommissie rechtsgeldig kan beraadslagen en besluiten, ongeacht de voorwaarden vermeld in het eerste lid.

§ 4 - Voor de vergaderingen van de adviescommissie en voor alle evenementen en projecten die de adviescommissie uitvoert, worden raamvoorwaarden gecreëerd en redelijke aanpassingen gedaan om de deelname van mensen met een beperking mogelijk te maken.

#### Art. 8. - Rapportering

In de loop van het eerste kwartaal van elk jaar maakt de adviescommissie een activiteitenverslag voor het afgelopen jaar en een werkprogramma voor het lopende jaar op en zendt die gelijktijdig toe aan de Regering en aan het Parlement.

De Regering zendt het Parlement om de drie jaar een verslag toe over de toepassing en de doeltreffendheid van dit decreet. Dat geschiedt uiterlijk op 31 maart van het daaropvolgende jaar.

### HOOFDSTUK 4. — FINANCIËN, BEGROTING EN PERSONEEL

#### Art. 9. - Financiële middelen

Voor de uitvoering van haar taken beschikt de adviescommissie over een dotatie van ten minste 70.000 euro die voor dit doel is voorzien in de begroting van de Duitstalige Gemeenschap.

De financiële middelen zijn doelgebonden. Zij kunnen worden gebruikt voor personeelskosten, werkingskosten en infrastructuurkosten.

De adviescommissie kan eigen middelen genereren en schenkingen en legaten ontvangen.

#### Art. 10. - Begroting

Elk jaar stelt de adviescommissie een begroting voor het volgende jaar op, die ter goedkeuring wordt voorgelegd aan de Regering.

De jaarbegroting wordt voor het einde van het derde kwartaal van het voorafgaande jaar ingediend bij de Regering, die binnen dertig dagen haar standpunt te kennen geeft. Indien de Regering binnen die termijn haar standpunt niet te kennen geeft, wordt de begroting geacht te zijn goedgekeurd.

Na goedkeuring zendt de Regering de begroting binnen een maand ter informatie toe aan het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap.

De adviescommissie dient de balans en de resultatenrekening van het voorgaande jaar uiterlijk op 30 april van elk jaar in bij de Regering.

#### Art. 11. - Personeel

De adviescommissie kan eigen personeel in dienst nemen.

De adviescommissie stelt personeel te werk ten belope van ten minste een halve voltijds equivalente betrekking. De functie kan door een of meer personen worden vervuld. Ze hebben ofwel minstens het eindgetuigschrift van het hoger secundair onderwijs of een daarmee gelijkgesteld studiegetuigschrift en ten minste drie jaar beroepservaring, ofwel een bachelordiploma of een daarmee gelijkgesteld studiegetuigschrift.

De bezoldigingsregeling van het personeel van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap is van toepassing op het personeel van de adviescommissie.

#### Art. 12. - Vergoedingen

De stemgerechtigde leden van de adviescommissie en de deskundigen die met toepassing van artikel 6, § 5, de vergaderingen bijwonen, hebben recht op een verblijfs- en reiskostenvergoeding onder de door de Regering vastgelegde voorwaarden.

### HOOFDSTUK 5. — SLOTBEPALINGEN

#### Art. 13. - Wijzigingsbepaling

Artikel 21, § 1, eerste lid, 7°, van het decreet van 13 december 2016 tot oprichting van een dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven wordt vervangen als volgt:

"7° de leden vermeld in artikel 20, tweede lid, 4°, die zijn voorgedragen door de adviescommissie voor mensen met een beperking en de gemeentelijke adviescommissies ter behartiging van de belangen van ouderen."

#### Art. 14. - Wijzigingsbepaling

Artikel 35 van hetzelfde decreet wordt vervangen als volgt:

"Art. 35 - Structurele participatie

De structurele participatie van het maatschappelijk middenveld aan het niet-persoonsgebonden besluitvormingsproces wordt gewaarborgd door de oprichting van een adviescommissie voor mensen met een beperking."

**Art. 15.** - Inwerkingtreding

Dit decreet treedt in werking op 3 december 2022.

Wij kondigen dit decreet af en bevelen dat het door het *Belgisch Staatsblad* bekendgemaakt wordt.  
Eupen, 21 november 2022.

O. PAASCH,  
De Minister-President,  
Minister van Lokale Besturen en Financiën  
A. ANTONIADIS,  
De Viceminister-President,  
Minister van Gezondheid en Sociale Aangelegenheden,  
Ruimtelijke Ordening en Huisvesting  
I. WEYKMANS,  
De Minister van Cultuur en Sport,  
Werkgelegenheid en Media  
L. KLINKENBERG,  
De Minister van Onderwijs  
en Wetenschappelijk Onderzoek

---

Nota

Zitting 2022-2023

Parlementaire stukken: 225 (2021-2022) Nr. 1 Ontwerp van decreet

225 (2022-2023) Nr. 2 Voorstellen tot wijziging

225 (2022-2023) Nr. 3 Voorstellen tot wijziging

225 (2022-2023) Nr. 4 Verslag

225 (2022-2023) Nr. 5 Voorstellen tot wijziging van de door de commissie aangenomen tekst

225 (2022-2023) Nr. 6 Tekst aangenomen door de plenaire vergadering

Integraal verslag: 21 november 2022 - Nr. 49 Bespreking en aanneming

---

**REGION DE BRUXELLES-CAPITALE — BRUSSELS HOOFDSTEDELIJK GEWEST**

**REGION DE BRUXELLES-CAPITALE**

[C – 2022/34551]

**1<sup>er</sup> DECEMBRE 2022.** — Arrêté du Gouvernement de la Région de Bruxelles-Capitale portant modification de divers arrêtés d'exécution de l'ordonnance du 2 mai 2013 portant le Code bruxellois de l'Air, du Climat et de la Maîtrise de l'Énergie, en ce qui concerne le Plan Local d'Action pour la Gestion Énergétique et le Certificat PEB Bâtiment public

Le Gouvernement de la Région de Bruxelles-Capitale,

Vu la loi spéciale de réforme institutionnelle du 8 août 1980, l'article 20 ;

Vu l'ordonnance du 2 mai 2013 portant le Code Bruxellois de l'Air, du Climat et de la maîtrise de l'Énergie, les articles 2.2.2, § 1, 2.2.13, § 3, alinéas 2 et 3, 2.2.14, § 2, § 2/1, § 3, 2.5.2, § 1, 2.2.22, alinéa 2, 2.2.23, § 7 et 2.6.3 ;

Vu l'arrêté du Gouvernement de la Région de Bruxelles-Capitale du 14 juin 2018 relatif au Plan Local d'Action pour la Gestion énergétique ;

Vu l'arrêté du Gouvernement de la Région de Bruxelles-Capitale du 13 décembre 2018 relatif au certificat PEB Bâtiment public ;

Vu le test égalité des chances, comme défini par l'arrêté du Gouvernement de la Région de Bruxelles-Capitale du 22 novembre 2018 portant exécution de l'ordonnance du 4 octobre 2018 tenant à l'introduction du test égalité des chances, réalisé le 13 janvier 2022 ;

Vu l'avis du Conseil de l'Environnement de la Région de Bruxelles-Capitale, donné le 12 mai 2022 ;

Vu l'avis A-2022-029 de Brupartners, donné le 19 mai 2022 ;

Vu l'avis 72.220/3 du Conseil d'Etat, donné le 21 octobre 2022, en application de l'article 84, § 1<sup>er</sup>, alinéa 1<sup>er</sup>, 2<sup>o</sup>, des lois sur le Conseil d'Etat, coordonnées le 12 janvier 1973 ;

**BRUSSELS HOOFDSTEDELIJK GEWEST**

[C – 2022/34551]

**1 DECEMBER 2022.** — Besluit van de Brusselse Hoofdstedelijke Regering houdende wijziging van meerdere uitvoeringsbesluiten van de Ordonnantie van 2 mei 2013 houdende het Brussels Wetboek van Lucht, Klimaat en Energiebeheersing, betreffende het Plan voor Lokale Actie voor het Gebruik van Energie en het EPB-certificaat Openbaar gebouw

De Brusselse Hoofdstedelijke Regering,

Gelet op het bijzondere wet met betrekking tot de Brusselse Instellingen van 12 januari 1989, artikel 8;

Gelet op de Ordonnantie van 2 mei 2013 houdende het Brussels Wetboek van Lucht, Klimaat en Energiebeheersing, artikelen 2.2.2, § 1, 2.2.13, § 3, lid 2 en 3, 2.2.14, § 2, § 2/1, § 3, 2.5.2, § 1, 2.2.22, lid 2, 2.2.23, § 7 en 2.6.3 ;

Gelet op het Besluit van de Brusselse Hoofdstedelijke Regering van 14 juni 2018 betreffende het Plan voor Lokale Actie voor het Gebruik van Energie;

Gelet op het Besluit van de Brusselse Hoofdstedelijke Regering van 13 december 2018 betreffende het EPB-certificaat Openbaar gebouw;

Gezien de gelijke kansentest, zoals bepaald in het besluit van de Brusselse Hoofdstedelijke Regering van 22 november 2018 tot uitvoering van de ordonnantie van 4 oktober 2018 tot invoering van de gelijke kansentest, uitgevoerd op 13 januari 2022;

Gelet op het advies van de Raad voor het Leefmilieu van het Brussels Hoofdstedelijk Gewest, gegeven op 12 mei 2022;

Gelet op het advies A-2022-029 van Brupartners, gegeven op 19 mei 2022;

Gelet op het advies 72.220/3 van de Raad van State, gegeven op 21 oktober 2022, met toepassing van artikel 84, § 1, eerste lid, 2<sup>o</sup>, van de wetten op de Raad van State, gecoördineerd op 12 januari 1973 ;